

AfD, Anti-AfD-Proteste und Faschismusgefahr

Thesen zur marxistischen Einordnung

- 1) Marxistinnen und Marxisten sollten den Hinweis aus dem Vorwort von »Zur Kritik der Politischen Ökonomie« ernst nehmen, dass politische Erscheinungen *„weder aus sich selbst zu begreifen sind noch aus der sogenannten allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes, sondern vielmehr in den materiellen Lebensverhältnissen wurzeln“*.
- 2) Es gilt, die AfD und die Anti-AfD-Proteste auf Grundlage unseres Verständnisses der realen Beziehungen einzuschätzen, die Menschen in Vollzug ihres Lebens in dieser Gesellschaft eingehen. Hier liegt der Grund, warum unsere Untersuchung der politischen Erscheinungen nicht ohne Betrachtung der gegebenen Gesellschaftsformation und ihrer Klassenherrschaft erfolgen kann.
- 3) Die weiteren Thesen setzen daher grundlegende Einsichten des Marxismus voraus über die von Marx analysierte Natur der Ausbeutung im Kapitalismus und das darin angelegte Klassenverhältnis und über die Bedingungen monopolkapitalistischer Herrschaft, die sich auf das von Lenin begründete Imperialismusverständnis stützt.
- 4) Für unser Thema relevant ist die Feststellung, dass die Herausbildung des Monopolkapitalismus eine Antwort auf den zunehmend gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte ist, der nach einer – über die Marktmechanismen hinausgehenden – Regulation der gesellschaftlichen Kooperationsprozesse drängt. Da diese Antwort aber nicht die bewusste Planung der Produktion im Interesse der Produzenten und durch die Gesellschaft sein soll (den dann wäre es Sozialismus und kein Kapitalismus mehr), ist der Monopolkapitalismus der im Rahmen des Kapitalismus verbleibende Ausweg.
- 5) Die charakteristische Bedingung monopolkapitalistischer Herrschaft besteht daher in der Herausforderung, eine den gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte effizient in Wirkung setzende Kooperation der Gesellschaftsglieder hervorrufen und steuern zu können. Die Steuerung kann nicht alleine dem spontanen Wirken des Marktes überlassen werden, jedoch erst recht nicht einem (erst unter sozialistischen Produktionsbedingungen möglichen) zielgerichteten Handeln, das die Gesellschaftsglieder im Bewusstsein ihrer objektiven Interessen kooperieren lässt. Der kapitalistische Ausweg lautet daher, entweder das Interessenbewusstsein der Masse der Bevölkerung so zu verfälschen, dass sie in der irrigen Annahme, damit ihre eigenen Interessen zu verfolgen, die Ziele der Monopole realisieren, oder alternativ – wenn diese Bewusstseinsverfälschung nicht ausreichend gelingt – dazu überzugehen, dieses Verhalten mit Gewalt zu erzwingen. Ersteres ermöglicht die parlamentarisch-liberale Form monopolkapitalistischer Herrschaft im Rahmen bürgerlicher Demokratie, letzteres die faschistische Form derselben Herrschaft.
- 6) Die Frage nach den Bedingungen, unter denen die Monopolbourgeoisie von der bürgerlich-demokratischen zur faschistischen Herrschaftsform wechselt – mithin die Frage nach der Faschismusgefahr – erhält hiermit einen konkreten Gehalt und lässt sich untersuchen: Sie wird zur Frage, unter welchen Bedingungen die Möglichkeiten der Verfälschung des Interessenbewusstseins aus Sicht der Monopole als nicht mehr ausreichend erscheinen, um die Durchsetzung von Zielen zu gewährleisten, die von ihnen aktuell als unabdingbar angesehen werden. In dieser Lage wird – sofern ihr dieser Weg nicht durch demokratische

Kräfte verlegt wird – die Monopolbourgeoisie Kurs darauf nehmen, die „freiwillige“ (tatsächlich durch Bewusstseinsverfälschung erwirkte) Integration der Bevölkerung schrittweise als Basis ihrer Herrschaft abzulösen durch die Fähigkeit zu staatlichem Handeln, welches sich unabhängig macht vom Grad der Zustimmung und Akzeptanz durch die Bevölkerung. Letzteres fand 1933 mit der Errichtung der faschistischen Diktatur und in der „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ und dem Ermächtigungsgesetz seinen damaligen Zielpunkt.

- 7) Der Erfolg der Integrationsstrategien – und damit auch die Bereitschaft der Monopolbourgeoisie, die parlamentarisch-liberal verfasste bürgerliche Demokratie als Form der Herrschaftsausübung zu wählen – wird stets durch den Inhalt der Herrschaftsausübung herausgefordert. Da die Umsetzung monopolkapitalistischer Ziele objektiv nicht den Interessen der Bevölkerung dienlich ist, sondern diese vielmehr verletzt, stellt dies eine Quelle dar für Unzufriedenheit, welche sich teilweise auch in Protest Ausdruck verschafft. Die bloße Praxis der Monopolherrschaft erzeugt also immer auch Elemente der Desintegration.
- 8) Da der Inhalt der jeweils aktuellen Ziele des Monopolkapitals Einfluss auf die Wirkungsmöglichkeit der Integrationsbemühungen hat und über den Umfang entscheidet, in dem diese zur Desintegration beitragen können, gibt es keine prinzipielle Stabilität der integrativen Form der Monopolherrschaft. Die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise bewirken, dass die Monopole immer auch Interessen entwickeln können, die ihrem Inhalt nach oder auch durch die Kürze der Frist, in der sie durchzusetzen sind, nicht mehr per „freiwilliger“ Integration zu realisieren sind. Zeiten, in denen ein großer imperialistischer Krieg bevorsteht, sind Zeiten aktualisierter Faschismusgefahr.
- 9) Die Integrationsideologien verfolgen den Zweck, dem Effekt der Desintegration entgegenzuwirken, können aber letztlich nicht dauerhaft verhindern, dass die Erfahrung von Interessenverletzungen sich auch im Bewusstsein der Betroffenen niederschlägt. Sie verlieren dann tendenziell ihre Eignung, die „freiwillige“ Mitwirkung der Bevölkerung an der Durchsetzung der Monopolpolitik absichern zu können. Zugleich können sie aber weiterhin wirksam bleiben, in den Köpfen ein manipuliertes Bild von den gesellschaftlichen Zusammenhängen zu erzeugen, welche verantwortlich für die Unzufriedenheit sind. Insbesondere können so die Kräfte, welche objektiv mit den Zielen der Monopole kollidieren, weiterhin im Bewusstsein der Bevölkerung als die Gegner eines vermeintlichen „Gemeinwohls“ erscheinen, als welche sie in den Integrationsideologien dargestellt werden. Ein Blick auf die aktuelle Darstellung der Gewerkschaft der Lokomotivführer im Streik gegen die Deutsche Bahn illustriert prägnant diesen Wirkungszusammenhang. Der fortwirkende Einfluss der Integrationsideologien, kombiniert mit der Erfahrung, dass die herrschenden Zustände begründete Unzufriedenheit hervorrufen, bilden die Quelle für den Massenanhang faschistischer Bewegungen.
- 10) Das Streben, die Monopolherrschaft aufrechterhalten zu müssen, erzeugt den Bedarf, einerseits möglichst erfolgreich die Strategie der „freiwilligen“ Integration umsetzen zu können, andererseits über die Option zu verfügen, falls erforderlich, auch zur faschistischen Form der Herrschaft übergehen zu können.
- 11) Die AfD ist in der Lage, beide Seiten dieses doppelten Bedarfs, zu bedienen. Sie kann einerseits die Funktion erfüllen, der Desintegration mit den Methoden der Bewusstseinsverfälschung, der Lüge, des Umschmeicheln entgegenzuwirken. In diesem

Rahmen unterscheidet sie sich nur graduell von den übrigen Parteien, die genau die gleiche Funktion erfüllen. Zugleich kann sie aber auch die Tauglichkeit entwickeln, als Organisation zu fungieren, mit der sich das eben beschriebene Potential faschistischer Bewegungen sammeln und mobilisieren lässt. Dies unterscheidet sie von den übrigen Parteien der monopolkapitalistischen Integration.

- 12) Die irrige Annahme, auch diese anderen Parteien könnten als Träger einer faschistischen Politik fungieren, beruht auf einem fehlerhaften Faschismusbegriff. Die Bezeichnung Faschismus dient dabei lediglich als Name für den Inhalt dieser oder jener besonders reaktionären Politik. Der Faschismus hat aber schlichtweg keine eigene inhaltliche Spezifik, da sein politischer Inhalt vollständig vom Imperialismus (resp. vom Monopolkapital) vorbestimmt ist. Unser Faschismusbegriff kennzeichnet stattdessen eine spezifische Form, in der dieser Inhalt unter bestimmten Bedingungen zur Durchsetzung gebracht werden soll. Und wir benötigen diesen Begriff zur Analyse dieser bestimmten Herrschaftsform. Die anderen Integrationsparteien sind mit ihrer Arbeitsweise, ihrer spezifischen Agitation, der von ihnen geschaffenen Basis und insbesondere mit dem Modus, wie sie diese Basis der Monopolherrschaft zur Verfügung stellen, so sehr mit den Methoden der „freiwilligen“ Integration verbunden, dass es schlicht effektiver wäre, eine neue Partei aufzuziehen, wenn es darum geht, eine faschistische Massenbasis zu generieren.
- 13) Die Brauchbarkeit der AfD, beide Varianten ihres Herrschaftsbedarfs bespielen zu können, stellt für die Monopolbourgeoisie einen Nutzen dar, auf den sie kaum verzichten wird. Die Entstehungsgeschichte der Parteiprojekts AfD aus dem Umfeld der herrschenden Monopolbourgeoisie und die im Vergleich zu vielen früheren Versuchen zur Gründung einer solchen Partei bemerkenswerte Erfolgsbilanz dieses Unterfangens, lassen es unwahrscheinlich erscheinen, die Bourgeoisie würde geneigt sein, dieses Projekt aufzugeben.
- 14) Darüber sollte auch die offensichtlich wohlwollende Begleitung (und Initiierung) der Anti-AfD-Proteste durch politische und mediale Handlanger der herrschenden Klasse nicht hinwegtäuschen. Die Bedeutung dieser Kampagne für die Herrschaft des Monopolkapitals liegt nicht in einer dauerhaft wirksamen Bekämpfung der AfD. Die Anhängerschaft und voraussichtlich auch die Wählerschaft dieser Partei scheinen auch nur wenig beeinflusst zu werden durch diese Proteste.
- 15) Unsere Einschätzung der Anti-AfD-Demonstrationen kann sich nicht nach dem richten, was diese über sich selbst sagen oder über sich selbst denken, sondern danach, was sie objektiv im Gefüge der Klassenkämpfe bewirken. Wesentlich dafür ist, dass mit ihnen eine gemeinsame politische Praxis von Menschen ausgeübt wird, bei denen nicht das Bewusstsein von Interessen die Grundlage der Gemeinsamkeit bildet, sondern alleine eine kollektiv geteilte Ansicht im Vordergrund steht, auf der moralisch richtigen Seite zu stehen und sich einem verachtungswürdigen Gegner entgegenstellen zu sollen. Nicht zufällig ist die Frage nach Interessen (sowohl nach den Interessen der Teilnehmer als auch erst recht nach dem Herrschaftsinteresse an einer weiteren Rechtsentwicklung) Tabu bei diesen Veranstaltungen.
In dieser Klassengesellschaft ist der Bezug zu Interessen aber die einzig vernünftig zu begründende Basis gemeinsamer politischer Praxis (weshalb Marxistinnen und Marxisten auch stets darum bemüht sind, einen solchen Bezug erkennbar zu machen). Ohne diesen Bezug sind und bleiben die Menschen hilfloses Objekt manipulativer Bewusstseinsverfälschung. Die Demonstrationen stellen eine Mobilisierung von Menschen

dar, für eine Politik, die sich nicht nach deren bewusst gewordenen Interessen richtet, sondern nach Orientierungen, die unschwer von den Herrschenden vorgegeben werden können. Die Möglichkeit einer derartigen Mobilisierung entspricht nun aber exakt der Wunschvorstellung der Monopolbourgeoisie von den Bedingungen ihrer eigener Herrschaftsfähigkeit. Die Anti-AfD Proteste sind daher objektiv – also gemäß ihrer Wirkung – als Beitrag und Vollzug von Formierung zu charakterisieren.

- 16) Mit diesem negativen Urteil über die Demonstrationen als Element der monopolkapitalistischen Formierung, welche nicht den Antifaschismus voranbringen, sondern im Gegenteil die Rechtsentwicklung befördern, ist allerdings noch nicht geklärt, wie wir uns ihnen gegenüber zu verhalten haben. Der Charakter dieser Kundgebungen macht die Menschen, die sich dort versammeln, nicht zu Gegnern, die auf der anderen Seite der Fronten des Klassenkampfes stehen. Die Motive der Teilnehmer sind sehr vielfältig aber ein großer Teil dürfte von aufrichtig antifaschistischem Wollen und der Einschätzung getragen sein, eine weitere Rechtsentwicklung würde ihre Lage verschlechtern. Diese Menschen gehören in der großen Mehrheit auf unsere Seite der Frontlinien und nicht auf die Seite der Herrschenden, mit denen sie sich allerdings in der Praxis dieser Demonstrationen einmal mehr gemein machen. Unsere Aufgabe muss es daher sein, ihren Übertritt auf die richtige Seite der Front zu befördern.
- 17) Diese Aufgabe erfüllen wir nicht, indem wir kritiklos bei solchen Kundgebungen mitlaufen oder sie gar als vermeintlich antifaschistischen Erfolg darstellen. Wir erfüllen sie auch nicht, indem wir lediglich bemängeln, dass dort auch Vertreter der übrigen – allesamt der monopolkapitalistischen Herrschaft dienenden – Integrationsparteien auftreten und deswegen selber meilen fernbleiben zu müssen. Die (heuchlerische) Teilnahme dieser „staatstragenden“ Politiker ist lediglich der auf der Erscheinungsebene sichtbare Ausdruck des wesentlichen Problems, welches im Charakter der Kundgebungen als monopolkapitalistische Formierungsveranstaltungen besteht.
- 18) Um unsere Aufgabe zu erfüllen, die Menschen auf die richtige Seite der Front zu ziehen, gilt es dort anzusetzen, wo derzeit die Methoden der Formierung wirken:
 - Wo im Zuge der Formierung jeglicher Bezug auf objektive Interessen tabuisiert wird, müssen wir diese Bezüge zum Thema machen.
 - Wo der Bevölkerung im Zuge der bürgerlichen Integrationsideologien die Widersacher von Monopolinteressen als ihre eigenen Gegner suggeriert werden, müssen wir die Unvereinbarkeit der fortgesetzten Herrschaft des Monopolkapitalismus mit den Lebensinteressen der Menschen erkennbar machen.
- 19) Voraussetzung dafür ist es, unsere Schwäche zu bekämpfen, die derzeit dazu führt, dass der Antifaschismus desorientiert und zur Legitimation der Politik der Herrschenden pervertiert werden kann. Um uns dazu zu befähigen braucht es, dass wir uns ideologisch und organisatorisch stärken.